

Europaweites Vergabeverfahren nach GWB und VgV

**Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, §§ 119 Abs. 3 GWB,
17 VgV**

zur Beschaffung von Architekturleistungen für das Leistungsbild Gebäude und Innenräume nach §34 HOAI sowie Freianlagen nach §39 HOAI für die Erweiterung der KiTa Siebenstern der Städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Zukunftsgestaltung Daseinsvorsorge“ der Gemeinde Steinbergkirche

Verfahrensbedingungen

Stand: 28.05.2026

Inhalt

1. Verfahrensbeteiligte und Terminologie.....	4
2. Allgemeine Angaben zum Verfahren	4
2.1. Rechtsgrundlagen	4
2.2. Verfahrenssprache	4
2.3. Vergabeplattform und Kommunikation im Verfahren	4
2.3.1. Allgemein.....	4
2.3.2. Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten über die Online-Vergabeplattform	4
2.4. Unklarheiten in den Unterlagen und Fragen der Bewerber/Bieter	5
2.5. Ablauf des Verfahrens	6
2.6. Abschluss des Verfahrens.....	6
2.7. Voraussichtlicher Zeitplan	6
3. Der Teilnahmewettbewerb	7
3.1. Teilnahmberechtigung von Einzelbewerbern und Bewerbergemeinschaften	7
3.2. Bewerbergemeinschaften.....	7
3.3. Eignungsleihe / Unterauftragnehmer.....	7
3.4. Zurückziehen oder Änderung von Teilnahmeanträgen	7
3.5. Form und Frist der Teilnahmeanträge.....	7
3.6. Frist für Fragen zum Verfahren in der Teilnahmephase	8
3.7. Vergütung für die Erstellung der Bewerbungsunterlagen	8
4. Prüfung der Teilnahmeanträge	8
4.1. Antragsprüfung.....	8
4.2. Nachforderung von Unterlagen	8
4.3. Aufklärung von Unklarheiten	8
4.4. Ausschluss von Teilnahmeanträgen	8
4.5. Teilnehmerbegrenzungskriterien.....	9
4.6. Abschluss der Teilnahmephase	9
5. Die Angebots- und Verhandlungsphase	9
5.1. Ablauf der Angebots- und Verhandlungsphase	9
5.2. Form und Frist der Angebote	9
5.3. Frist für Fragen zum Verfahren in der Angebotsphase	10
5.4. Zurückziehen oder Änderung von Angeboten.....	10
5.5. Angebotsbindefrist.....	10
5.6. Vergütung für die Angebotserstellung	10

5.7. Abschluss der Angebots- und Verhandlungsphase	10
6. Angebotsprüfung und -wertung.....	11
6.1. Angebotsprüfung	11
6.2. Nachforderung von Unterlagen	11
6.3. Aufklärung von Unklarheiten und bezüglich des Angebotspreises	11
6.4. Ausschluss von Angeboten	11
6.5. Zuschlagskriterien	12
6.6. Gewichtung der Zuschlagskriterien	12
6.7. Zuschlagskriterium 1 (Preis).....	12
6.8. Zuschlagskriterium 2 (Qualität)	12
7. Datenschutz und Vertraulichkeit.....	13
8. Bereitgestellte Unterlagen	13

1. Verfahrensbeteiligte und Terminologie

Auftraggeber sowie Vergabestelle ist die BIG Städtebau GmbH, treuhänderischer Sanierungsträger der Gemeinde Steinbergkirche. In den Vergabeunterlagen werden die Begriffe „Auftraggeber“ und „Vergabestelle“ gleichbedeutend verwendet.

Die am Verfahren beteiligten Unternehmen werden für die Dauer dieses Vergabeverfahrens als „Bewerber“ oder „Bewerbergemeinschaften“ (bis zum Abschluss der Teilnahmephase) und als „Bieter“ oder „Bietergemeinschaften“ (ab der Angebotsphase) bezeichnet.

In den Vergabeunterlagen sind stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts ebenso wie Diverse gleichermaßen gemeint. Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in den Vergabeunterlagen teilweise nur die männliche Form verwendet.

2. Allgemeine Angaben zum Verfahren

2.1. Rechtsgrundlagen

Grundlage des Vergabeverfahrens sind die Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) in der jeweils geltenden Fassung.

2.2. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch.

2.3. Vergabeplattform und Kommunikation im Verfahren

2.3.1. Allgemein

Das Vergabeverfahren wird vollständig elektronisch über die in der Bekanntmachung genannte Vergabeplattform abgewickelt. Bitte verwenden Sie daher auch nur die auf der Plattform bereit gestellten Kommunikationswege und schicken Sie uns keine E-Mails und/oder Dokumente in Papierform.

Eine Registrierung auf der Plattform wird empfohlen, da nur registrierte Bewerber/Bieter automatisch über die bei der Registrierung angegebene E-Mailadresse darüber informiert werden, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, die für die Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebots zu beachten sind.

2.3.2. Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten über die Online-Vergabeplattform

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags und des Angebots hat mithilfe elektronischer Mittel über die **in der EU-Bekanntmachung benannte Online-Vergabeplattform** zu erfolgen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge oder Angebote, wie z.B. per Telefax oder auch per E-Mail, sind nicht zugelassen. Auch eine Einreichung über die Mitteilungsfunktion der Plattform ist unzulässig.

Bitte beachten Sie die auf der Plattform zu findenden Informationen zu den technischen Parametern zur Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten mithilfe elektronischer Mittel. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools u.U. administrative Rechte erforderlich.

Bitte beachten Sie auch weitere technische Voraussetzungen, etwa die maximal zulässige Dateigröße, die auf der Vergabeplattform benannt werden.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der jeweiligen Frist die Übermittlung des Teilnahmeantrags/Angebots (mindestens 24 Stunden vor Ablauf der Frist) über die Online-Vergabeplattform zu testen und die Übermittlung rechtzeitig zu starten, um so einen Ausschluss wegen Fristversäumnis zu vermeiden.

Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang kontaktieren Sie bitte zunächst den Support der Vergabeplattform. Die Vergabestelle kann in der Regel zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Plattform keine Auskünfte erteilen.

Sollte es zu technischen Problemen beim Hochladen des Teilnahmeantrags/Angebots kommen, die in die Sphäre des Auftraggebers fallen, kontaktieren Sie bitte die Vergabestelle mit der Bitte um Fristverlängerung. Übersenden Sie aber auch in diesem Fall das Angebot nicht per E-Mail, Boten oder über die Mitteilungsfunktion der Plattform, da bei diesen Kommunikationswegen regelmäßig die Anforderungen an die Form sowie an die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten, den Geheimnisschutz und den Schutz vor vorfristiger Öffnung nicht gewahrt sind (u.a. §§ 9, 10 VgV).

2.4. Unklarheiten in den Unterlagen und Fragen der Bewerber/Bieter

Sofern Ihnen in den Unterlagen Unklarheiten oder Ungereimtheiten auffallen, sind Sie aufgefordert, hierzu Fragen über das Kommunikationstool der Vergabeplattform zu stellen.

Bitte ändern Sie nicht von sich aus eigenständig die von der Vergabestelle vorgegebenen Dokumente und Bedingungen, da dies als unzulässige Änderung der Vergabeunterlagen zum Ausschluss vom Verfahren führen kann.

Die Vergabestelle wird alle Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bieterfragen sowie ggf. aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bieter im Verfahren betreffen, über die Vergabeplattform zur Verfügung stellen. Dabei werden auch die Fragen der Bewerber/Bieter in anonymisierter Form mitgeteilt.

Damit die Vergabestelle die Fragen noch so rechtzeitig beantworten kann, dass alle Bewerber/Bieter sie auch bei ihrem Teilnahmeantrag/Angebot berücksichtigen können, wird in jeder Verfahrensstufe eine Frist zur Stellung von Fragen gesetzt (siehe unten).

2.5. Ablauf des Verfahrens

Die ausgeschriebenen Leistungen werden im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb vergeben (vgl. § 119 Abs. 3 GWB, § 17 VgV). D.h., dass das Verfahren sich in zwei Stufen gliedert:

- **Stufe 1:** Teilnahmewettbewerb, in dem die Bewerber ihr Interesse am Auftrag bekunden und ihre Eignung zur möglichen Auftragsausführung nachweisen.
- **Stufe 2:** Angebotsphase, in der die Bieter ihre Angebote einreichen sowie diese ggf. präsentieren und ggf. mit dem Auftraggeber verhandeln.

2.6. Abschluss des Verfahrens

Die Bieter, die auf der Grundlage der vorgegebenen Zuschlagskriterien keinen Erfolg hatten, werden gemäß § 134 Abs. 1 GWB per Telefax oder auf elektronischem Weg informiert. In diesem Schreiben wird den nicht zum Zuge kommenden Bietern u.a. mitgeteilt, welcher Bieter auf Grundlage der Zuschlagskriterien gem. Ziffer 6.5 bis 6.8 das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat und daher für den Abschluss des Vertrages vorgesehen ist. Weiterhin wird der früheste Zeitpunkt des Vertragsschlusses mitgeteilt und aus welchen Gründen sie nicht für den Abschluss des Vertrages vorgesehen sind. Zugleich wird der erfolgreiche Bieter darüber informiert, dass beabsichtigt ist, ihm nach Ablauf der Stillhaltefrist des § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag zu erteilen.

2.7. Voraussichtlicher Zeitplan

Hinsichtlich des *voraussichtlichen* Zeitplans für die Durchführung des Vergabeverfahrens wird auf nachfolgende Darstellung verwiesen. Es besteht kein Anspruch auf Einhaltung des Zeitplans. Der Zeitplan dient ausschließlich einer ersten Orientierung.

Absendung der EU-Auftragsbekanntmachung	28.05.2026
Frist für Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen	22.06.2026
Frist zur Abgabe eines Teilnahmeantrags	29.06.2026
Aufforderung zur Angebotsabgabe	15.07.2026
Frist für Fragen in der Angebotsphase	06.08.2026
Ende der Frist zur Abgabe der (ersten) Angebote	13.08.2026
ggf. Verhandlungsgespräche	voraussichtlich KW 34
ggf. Aufforderung zur (finalen) Angebotsabgabe	voraussichtlich KW 39
ggf. Ende der Frist zur Abgabe der (finalen) Angebote	voraussichtlich KW 42
Information nicht berücksichtigter Bieter gem. § 134 GWB	voraussichtlich KW 44

3. Der Teilnahmewettbewerb

3.1. Teilnahmeberechtigung von Einzelbewerbern und Bewerbergemeinschaften

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen sowie Bewerbergemeinschaften (siehe hierzu unten 3.2), die die in der EU-Auftragsbekanntmachung aufgeführten Eignungsanforderungen und ggf. auch Teilnehmerbegrenzungskriterien erfüllen und bei denen keine gesetzlichen Ausschlussgründe vorliegen.

3.2. Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern im Verfahren grundsätzlich gleich. Für sie ist jedoch im Rahmen des Teilnahmeantrags eine gesonderte Erklärung zur Bewerbergemeinschaft abzugeben. Sonstige Hinweise zu den von Bewerbergemeinschaften beizubringenden Erklärungen und Nachweisen finden sich im Dokument „Teilnahmeantrag“.

3.3. Eignungslleihe / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber/Bieter kann Unterauftragnehmer einbinden.

Darüber hinaus kann er sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungslleihe, vgl. § 47 VgV). In diesem Fall ist der Vergabestelle mit Einreichung des Teilnahmeantrags nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem die diesbezüglichen Zusagen der Unternehmen in Form von Verpflichtungserklärungen vorgelegt werden.

Die Erklärungen und Nachweise, welche durch Unterauftragnehmer oder von eignungslleihenden Unternehmen einzureichen sind, ergeben sich aus dem Dokument „Teilnahmeantrag“.

3.4. Zurückziehen oder Änderung von Teilnahmeanträgen

Der Teilnahmeantrag kann bis zum Ablauf der Frist geändert oder zurückgezogen werden. Hierfür gelten dieselben Vorgaben wie für die Einreichung des Teilnahmeantrags. Nach Ablauf der Abgabefrist ist eine Änderung oder ein Zurückziehen des Teilnahmeantrags nicht möglich.

3.5. Form und Frist der Teilnahmeanträge

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags stellt die Vergabestelle über die Plattform einen Formularsatz zur Verfügung.

Das Teilnahmeantragsformular und die dem Teilnahmeantrag beizufügenden Formblätter sind auszufüllen und mithilfe elektronischer Mittel in Textform (§ 126b BGB) bis zu der in der EU-Bekanntmachung genannten Frist über die Vergabepattform einzureichen. Die Textform erfordert eine lesbare, auf einem dauerhaften Datenträger abgegebene Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist. Anstelle einer Unterschrift ist am Ende des Teilnahmeantrages und am Ende der einzelnen Formblätter an den entsprechend gekennzeichneten Stellen die Person des Erklärenden anzugeben.

(Der Auftraggeber akzeptiert auch die Einreichung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung. Diese muss dann aber ebenfalls alle geforderten Angaben enthalten.)

Die Dateien, die im Teilnahmewettbewerb über die Vergabeplattform eingereicht werden, können in ihrem Ausgangsformat (z. B. Word oder Power Point) oder in dem Dateiformat „**PDF**“ formatiert sein.

3.6. **Frist für Fragen zum Verfahren in der Teilnahmephase**

Interessenten haben die Möglichkeit, Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren ausschließlich über das Kommunikationstool der Vergabeplattform

bis spätestens 22.06.2026

zu stellen.

3.7. **Vergütung für die Erstellung der Bewerbungsunterlagen**

Für die Erstellung der Bewerbungsunterlagen (Teilnahmeantrag) wird keine Vergütung gewährt (§ 77 Abs. 1 VgV).

4. Prüfung der Teilnahmeanträge

4.1. **Antragsprüfung**

Nach Eingang der Teilnahmeanträge werden diese auf Einhaltung aller formellen (insbesondere Form und Frist) sowie inhaltlichen Anforderungen (insbesondere Vollständigkeit und Erfüllung der Mindestanforderungen zur Teilnahme aus der EU-Bekanntmachung) geprüft.

4.2. **Nachforderung von Unterlagen**

Die Vergabestelle kann im Verfahren fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachfordern (§ 56 Abs. 2 VgV). Hierfür wird eine Frist gesetzt. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

4.3. **Aufklärung von Unklarheiten**

Die Vergabestelle kann zudem von den Bewerbern (im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen) im Falle von Unklarheiten Aufklärung über ihren Teilnahmeantrag verlangen. Auch hierfür wird ggf. eine Frist gesetzt.

4.4. **Ausschluss von Teilnahmeanträgen**

Teilnahmeanträge, die nicht form- und fristgerecht eingereicht wurden oder die auch nach zulässiger Nachforderung oder Aufklärung nicht die aufgestellten Anforderungen erfüllen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

4.5. Teilnehmerbegrenzungskriterien

Liegt die Zahl der nach den Eignungskriterien der EU-Bekanntmachung als geeignet anzusehenden Bewerber oberhalb der in der EU-Bekanntmachung angegebenen Zahl an Bewerbern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, so nimmt die Vergabestelle eine Reduktion der Teilnehmerzahl anhand der zuvor bekannt gemachten Teilnehmerbegrenzungskriterien vor (§ 51 VgV). Bei Gleichstand der Punkte entscheidet das Los.

4.6. Abschluss der Teilnahmephase

Nicht für die Abgabe eines Angebotes ausgewählte Bewerber/Bewerbergemeinschaften werden gemäß § 62 Abs. 1 VgV fristgerecht informiert. Die ausgewählten Bewerber/Bewerbergemeinschaften erhalten eine Aufforderung zur Angebotsabgabe.

5. Die Angebots- und Verhandlungsphase

5.1. Ablauf der Angebots- und Verhandlungsphase

Nach Abschluss der Teilnahmephase werden die ausgewählten Bewerber/Bewerbergemeinschaften mit gesonderter Nachricht über die Vergabeplattform zur Angebotsabgabe aufgefordert.

In der Angebotsaufforderung wird Ihnen genau mitgeteilt, welche Dokumente Sie in welcher Form und bis wann einreichen müssen.

Mit dem Angebot können auch Verhandlungsvorschläge eingereicht werden. Bitte verwenden Sie hierfür das bereit gestellte Formular „Verhandlungsbedarf“ und arbeiten Sie Ihre Vorschläge nicht unmittelbar in Ihr Angebot ein, damit Ihr Angebot nicht wegen unzulässiger Änderung der Vergabeunterlagen ausgeschlossen werden muss. Darüber hinaus berücksichtigen Sie bitte, dass der Auftraggeber nicht verpflichtet ist, auf alle Verhandlungsvorschläge einzugehen, so dass Ihr Angebot auch ohne Berücksichtigung Ihrer Verhandlungsvorschläge bezuschlagt werden kann. Sofern grundlegende Bedenken gegen einzelne Bestandteile der Vergabeunterlagen bestehen, müssen diese daher über Bieterfragen im Vorfeld adressiert werden.

Der Auftraggeber hat sich zudem in der EU-Bekanntmachung vorbehalten, auf Verhandlungen zu verzichten (§ 17 Abs. 11 VgV). Es ist also möglich, dass unmittelbar nach Prüfung und Wertung der ersten Angebote ein Zuschlag erteilt wird, ohne dass über die Inhalte oder über eingereichte Verhandlungsvorschläge verhandelt wird.

Macht er von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, so werden nach Abgabe der Angebote mit allen Bietern¹ Verhandlungsgespräche geführt.

5.2. Form und Frist der Angebote

Für die Abgabe des Angebots stellt die Vergabestelle das auf der Plattform bereitgestellte Angebotsschreiben zur Verfügung. Das Formular ist zur Angebotseinreichung zwingend zu verwenden und vollständig auszufüllen.

¹ Bietergemeinschaften stehen Einzelbietern gleich, ohne dass dies hier jedes Mal im Einzelnen aufgeführt wird.

Das Angebot muss mithilfe elektronischer Mittel in Textform (§ 126b BGB) bis zu der in der Angebotsaufforderung genannten Frist über die Angebotsfunktion der Vergabeplattform eingereicht werden. Die Textform erfordert eine lesbare, auf einem dauerhaften Datenträger abgegebene Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist. Anstelle einer Unterschrift ist am Ende des Angebotsschreibens die Person des Erklärenden anzugeben.

Die Dateien, die mit dem Angebot über die Vergabeplattform eingereicht werden, können, sofern von der AG zur Verfügung gestellt, in ihrem Ausgangsformat (z. B. Word oder Power Point) oder in dem Dateiformat „PDF“ formatiert sein. Davon abweichend sollen **Preisblätter sowohl als Excel-Datei als auch als PDF-Datei** eingereicht werden.

Eine Veränderung des Preisblatts selbst (Zeilen und Spalten einfügen, ändern oder löschen) ist unzulässig und führt zum Ausschluss des Bieters/der Bietergemeinschaft.

5.3. **Frist für Fragen zum Verfahren in der Angebotsphase**

Interessenten haben in der Angebotsphase die Möglichkeit, Bieterfragen über das Kommunikationstool der Vergabeplattform zu stellen. Hierfür wird eine Frist in der Aufforderung zur Angebotsabgabe benannt.

5.4. **Zurückziehen oder Änderung von Angeboten**

Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist geändert oder zurückgezogen werden. Hierfür gelten dieselben Vorgaben wie für die Einreichung der Angebote. Nach Ablauf der Angebotsfrist ist eine Änderung oder ein Zurückziehen der Angebote nicht möglich.

5.5. **Angebotsbindefrist**

Die Bieter sind bis zum Ablauf der in der EU-Bekanntmachung benannten Bindefrist an ihr eingereichtes Angebot gebunden, wenn sie es nicht vor Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen haben.

5.6. **Vergütung für die Angebotserstellung**

Für die Angebotserstellung wird keine Vergütung gewährt.

5.7. **Abschluss der Angebots- und Verhandlungsphase**

Die Angebots- und Verhandlungsphase endet mit der Erteilung des Zuschlags an den erfolgreichen Bieter. Mit der Zuschlagsentscheidung kommt der Vertrag in der diesem Vergabeverfahren beigefügten – ggf. nach Verhandlungen angepassten – Form zustande. Vertragsverhandlungen nach Zuschlagsentscheidung sind daher grundsätzlich ausgeschlossen und Vertragsanpassungen nur im Rahmen des nach § 132 GWB, d. h. grundsätzlich nur bis zur Wesentlichkeitsgrenze, zulässig.

Wenn und soweit nach Zuschlagserteilung eine Unterzeichnung eines redaktionell endausgefertigten Vertrags erfolgt, so dient dies allein Dokumentationszwecken und ändert nichts am vorherigen Zustandekommen des Vertrags zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung in der dann endverhandelten Form.

Sofern Einwände gegen einzelne Regelungen des beigefügten Vertrags oder diesbezügliche Änderungswünsche bestehen, sind diese daher entweder als Bieterfragen im Verfahren über das Kommunikationstool der Vergabeplattform vorzubringen und zu begründen oder als Verhandlungsvorschläge einzureichen.

6. Angebotsprüfung und -wertung

6.1. Angebotsprüfung

Nach Eingang der ersten ebenso wie der finalen Angebote werden diese auf Einhaltung aller formellen (insbesondere Form und Frist) sowie inhaltlichen Anforderungen (insbesondere Vollständigkeit und keine Änderung von Vergabeunterlagen) geprüft.

6.2. Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle kann im Verfahren unvollständige und/oder fehlende nicht wertungsrelevante Nachweise und Unterlagen gem. § 56 Abs. 2, 3 VgV unter den dort im Einzelnen genannten Bedingungen nachfordern. Hierfür wird eine Frist gesetzt. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

6.3. Aufklärung von Unklarheiten und bezüglich des Angebotspreises

Die Vergabestelle kann zudem von den Bietern (im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen) Aufklärung über ihr Angebot einschließlich des Angebotspreises (siehe hierzu § 60 VgV) verlangen. Auch hierfür wird ggf. eine Frist gesetzt. Die Vergabestelle behält es sich in diesem Kontext vor Aufklärungsgespräche im Rahmen der Angebotsauswertung zu führen.

6.4. Ausschluss von Angeboten

Angebote, die nicht form- und fristgerecht eingereicht wurden oder die auch nach zulässiger Nachforderung oder Aufklärung nicht formgerecht, insbesondere vollständig, sind, können oder müssen nach Maßgabe der vergaberechtlichen Bestimmungen von der Wertung ausgeschlossen werden.

Dasselbe gilt für Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind (siehe hierzu auch § 57 VgV).

Bitte beachten Sie auch folgendes:

- Ist ein Unternehmen – sei es als Bieter, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder als Unterauftragnehmer/Eignungsleihgeber – an mehreren Angeboten im Rahmen dieses Vergabeverfahrens beteiligt, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bieter/Bietergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. im Wege der Eignungsleihe einbezogen ist, wegen Verstoßes gegen den Geheimwettbewerb führen.
- Auch etwaige Veränderungen in der Person des Bieters während des Verfahrens (etwa Umgestaltung der Bietergemeinschaft oder Unternehmensumwandlungen) können einen Ausschlussgrund darstellen, sofern hierdurch der Wettbewerbsgrundsatz oder das Diskriminierungsverbot berührt werden.

6.5. Zuschlagskriterien

Der Auftrag wird durch Zuschlag an den geeigneten Bieter vergeben, der form- und fristgerecht das auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichste Angebot eingereicht hat.

Die mögliche Auftragsvergabe erfolgt nicht nur auf der Grundlage des Preises, sondern auch aufgrund qualitativer Kriterien.

6.6. Gewichtung der Zuschlagskriterien

Die Zuschlagskriterien werden wie folgt gewichtet:

Nr.	Zuschlagskriterium	(max.) Punktezahl Einzelkriterium
1.	Preis	30
2.	Inhaltliche und fachliche Qualität des Angebots	40
3.	Qualifikation und Erfahrung der Projektleitung	30
max. erreichbare Punktzahl		100

6.7. Zuschlagskriterium 1 (Preis)

Der Wertung im Zuschlagskriterium 1 wird das im Preisblatt eingetragene Gesamtangebotshonorar (brutto) zugrunde gelegt. Die Bewertung erfolgt folgendermaßen:

- 30 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Gesamtangebotshonorar (brutto).
- 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem Zweifachen des niedrigsten Gesamtangebotshonorars (brutto). Alle Angebote mit darüber liegenden Gesamtpreisen erhalten ebenfalls 0 Punkte.
- Die Punktermittlung für die dazwischenliegenden Gesamtangebotshonorare (brutto) erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu zwei Stellen nach dem Komma und einer kaufmännischen Rundung nachfolgender Formel:
- $$P = 30 - \left(\left(\frac{X}{N} - 1 \right) \times 30 \right)$$

Dabei ist

- P die zu ermittelnde Punktzahl pro Bieter
- N das niedrigste Gesamtangebotshonorar (brutto)
- X das zu wertende Gesamtangebotshonorar (brutto)

6.8. Zuschlagskriterium 2 (inhaltliche und fachliche und Qualität des Angebots)

Für die Bewertung anhand des Zuschlagskriteriums 2 hat der Bieter die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe näher beschriebenen Angebotsbestandteile einzureichen.

In den auf der Vergabeplattform bereit gestellten Unterlagen befindet sich das Dokument „Wertungsmatrix Angebot“, in dem die entsprechenden Unterkriterien, deren Gewichtung sowie die Bewertungsmethode bekannt gemacht werden.

6.9. Zuschlagskriterium 3 (Qualifikation und Erfahrung der Projektleitung)

Für die Bewertung des Zuschlagskriteriums 3 hat der Bieter die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe näher beschriebenen Angebotsbestandteile einzureichen.

In den auf der Vergabeplattform bereit gestellten Unterlagen befindet sich das Dokument „Wertungsmatrix Angebot“, in dem die entsprechenden Unterkriterien, deren Gewichtung sowie die Bewertungsmethode bekannt gemacht werden.

7. Datenschutz und Vertraulichkeit

Jeder Bewerber bzw. Bieter willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefon und Berufsbezeichnung. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber bzw. Bieter hat mit der Übersendung von Unterlagen an die Vergabestelle, insbesondere als Bestandteil der Angebote, diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bieters daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

8. Bereitgestellte Unterlagen

Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden neben diesen Verfahrensbedingungen folgende Unterlage zur Verfügung gestellt:

- Formblatt „Teilnahmeantrag“ mit Anlagen F1 bis F5
- Aufforderung zur Angebotsabgabe
- Mustervertrag
- Formblatt „Angebotsschreiben“
- Formblatt „Verhandlungsbedarf“
- Leistungsbeschreibung mit Anhang
- Preisblatt
- Wertungsmatrix Teilnahmeantrag
- Wertungsmatrix Angebot

- Russlandsanktionserklärung
- Rundschreiben BMWK zu Russlandsanktionen